

Volksrecht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Zweig-Expeditionen: Neue Hauptstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: Hauptstraße 149, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Postpreis freibleibend. Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Bei Bezugnahme in Papiermarkt nach dem Kurs am Zahlungstage.

Organ für die wertvolle Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Jahrespreis: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3142.
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 3352.

Anzeigenpreis: 10 Millimeter für geschaltete Anzeigen aus Schlesien 10 Pf., auswärts 12 Pf. Anzeigen außer Zeit 20 Pf., auswärts 25 Pf. Stellenangebote 4 Pf. Immobilienanzeigen, Stellenangebote, Verrenten, Verpachtungen und Wohnungsangeboten 3 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 1 Pf., das letzte Wort 1/2 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis zum Mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 sowie in sämtlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Poincaré geschlagen.

Mehrheit der Linken. — Ueber 100 Sozialisten! Rücktritt Poincarés und Millerands?

Aus Paris wird uns gebracht:

Das französische Volk hat entschieden. Der Nationale Block liegt geschlagen am Boden. Die Demokratie, repräsentiert durch das „Cartel des Gauches“, zu dem die Sozialisten und die Parteien der entschiedenen bürgerlichen Linken sich in gemeinsamer Abwehr zusammengeschlossen hatten, triumphiert auf der ganzen Linie. Noch stehen aus einer ganzen Reihe von Wahlsitzungen die endgültigen Resultate aus, aber schon ist sicher, daß die Linke in der neuen Kammer über eine solide Mehrheit verfügen wird. Von den 470 Ergebnissen, die zur Stunde bekannt sind, fallen den Parteien des Nationalen Blocks 199, dem Cartel der Linken 245 Mandate zu. In der Kammer des Jahres 1919 hatten die ersten 386, die Linke nur 162 Sitze inne. Dieser Sieg übertrifft die kühnsten Erwartungen, die man im sozialistischen und demokratischen Lager gehabt hatte. Man hatte im günstigsten Falle auf einen Zuwachs von 60 bis 70 Mandaten gerechnet.

Das souveräne Volk Frankreichs hat die Demokratie, die der Nationale Block vier Jahre lang in Fesseln geschlagen hatte, am Sonntag erneut zur Herrschaft erhoben. Die Reaktion hat eine entschiedene Niederlage erlitten. Ein großer Teil ihrer Führer, die Hauptschreier des Militarismus und Nationalismus insbesondere, haben dies mit dem Verlust des eigenen Mandats bezahlen müssen. General Castelnau und der ehemalige Kriegsminister Andre Lefevre, die seit Jahren mit dem Schreckgespenst der deutschen Revanche den kriegerischen Geist wachhielten und aufzupfeilten vorhielten. Lardieu und Mandel, die beiden Gehilfen Clemenceaus, Laskeryrie, Maunoury und Vidal, die ehemaligen Mitarbeiter Poincarés, Daudet, der Führer der Königsstreuen und Arago, der Führer des Nationalen Blocks, sie alle sind nicht wiedergewählt worden. Zahlreiche Vorkämpfer der Linken dagegen, die 1919 geschlagen worden waren, sind diesmal mit großer Mehrheit wiedergewählt worden, darunter Renaudel, Dalbiez, Faure, der Generalsekretär der „Populaire“, Malvy, der vom Staatsgerichtshof wegen „Hochverrats“ fünf Jahre in Verbanung geschickt worden war, und zahlreiche andere.

Mit dem Nationalen Block hat Frankreich am Sonntag der Politik Poincarés, der Politik der Reaktion und des sozialen Unfriedens, der Beherrschung der Kleinen und der Privilegierung der wirtschaftlichen Oberschicht im Innern, der brutalen Gewalt des erobersüchtigen Imperialismus und des anmaßenden Militarismus nach außen ein vernichtendes Urteil gesprochen. Seit Jahr und Tag hat Herr Poincaré, hat die offizielle und offiziöse Presse Frankreichs diese Politik gerechtfertigt mit der Behauptung, daß die überwältigende Mehrheit des Landes hinter ihnen stehe. Sie hat das mit solcher Sicherheit und Kühnheit getan, daß selbst das Ausland es zu glauben und das französische Volk in seiner Gesamtheit mit ihr zu identifizieren begonnen hatte. In Deutschland vor allem stieß man mit der gegenteiligen Behauptung immer wieder auf skeptische Zweifel. Das französische Volk hat am Sonntag jetzt die Antwort darauf gegeben. Es hat gezeigt, daß es in seiner Mehrheit genau wie das deutsche Volk Frieden und Verständigung will, daß es die Methode der Unterdrückung und der kriegerischen Abenteuer aufs entschiedenste ablehnt. Die Befiegten des Sonntags sind mit dem Nationalen Block Poincaré und Millerand. Denn beide haben sich, was nach der Verfassung namentlich dem Präsidenten der Republik nicht gestattet ist, aktiv am Wahlkampf beteiligt. Sie beide haben wiederholt versichert, daß sie, wenn am 11. Mai das Volk sich gegen sie oder ihre Politik entscheiden sollte, nicht zögern würden, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Das Volk hat gegen sie entschieden und es erwartet, daß sie ihr Wort einlösen und einer Politik internationaler Verständigung, für die das Land sich am Sonntag entschieden ausgesprochen hat, nicht länger den Weg versperren.

Für die Sozialistische Partei ist der Sonntag ein doppelter Erfolg gewesen. Sie hat bereits jetzt die Zahl ihrer Mandate verdoppelt. Sie wird aller Voraussicht nach mit über 100 Mitgliedern in die neue Kammer einziehen. Sie ist damit zu einem ausschlaggebenden Faktor im politischen und parlamentarischen Leben des Landes geworden. Ihr Erfolg wäre noch beachtlicher größer gewesen, wenn nicht zahlreiche Dissidenten in doktrinärem Rechtsabereit oder in schlecht verhehlter Mandatsjagd der eigenen Partei durch Aufstellung von Sonderlisten in den Rücken gefallen wären. Die Masse der französischen Arbeiterschaft hat die Taktik der Führer, die sich nach reiflicher gewissenhafter Prüfung für ein Zusammengehen mit den linksbürgerlichen Parteien entschieden hatten, rückhaltlos gebilligt und dem damit verfolgten Ziele, das Joch der Reaktion abzuschütteln, zum Siege verholfen. Die Kommunisten, denen in den Pariser Vororten ein Teilerfolg beschieden ist, haben bisher 24 Mandate gegen 13 in der alten Kammer erhalten. Sie dürften es auf etwa 25 bringen. Dieser Gewinn von kaum einem Duzend Mandaten steht in geradem kläglichem Widerspruch zu der Großsprecheri ihrer Führer und ihrer Parteigänger. Noch bis zuletzt hatten die Kommunisten zu behaupten gewagt, daß das Gros der wertvollen Bevölkerung Frankreichs in ihrem Lager stehe, hatten sie die Kühnheit besessen, von den sozialistischen Führern als einem armenigen Häuflein Abtrünniger zu sprechen. Die Arbeiterschaft hat ihnen am Sonntag darauf die Antwort gegeben. Sie hat gezeigt, daß sie von der Herrschaft und den Methoden Moskaus ebenso wenig wissen will wie von denen des Nationalen Blocks.

Die nächsten Wochen werden die Sozialistische Partei Frankreichs vor neue schwere Entscheidungen stellen. Die französische Kammer tritt am 4. Juni zusammen. Der Nationale Block ist abgetan. Welche Mehrheit wird an seine Stelle treten? Zwei Kombinationen sind möglich: der Mittelblock von den (bürgerlichen) „republikanischen Sozialisten“ bis zu dem linken Flügel der National-Republicains und ein Block der Linken, die den Wahlkampf gemeinsam geführt und gewonnen haben. Ein Block der bürgerlichen Mittelparteien würde die französische Politik sehr bald von neuem wieder in das Fahrwasser einer wenn auch etwas gemäßigten reaktionären Strömung gleiten lassen. Er würde den Sinn und die Bedeutung des Wahlergebnisses vom Sonntag in sein Gegenteil verkehren. Allein der Block der Linken, der Frankreich den Frieden im Innern und nach außen sichert, wird dem Willen der Wählerschaft, der am Sonntag in dem überwältigenden Zug der Demokratie seinen Ausdruck gefunden hat, gerecht werden können. Er zwingt die Sozialistische Partei Frankreichs, sich darüber zu entscheiden, ob sie durch Übernahme der Verantwortung an der Gestaltung der französischen und europäischen Politik aktiv mitwirken oder ob sie in der Opposition die Möglichkeit zur Verwirklichung des sozialistischen und demokratischen Programms ungenützt lassen will.

Paris, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Im Elysee findet am Dienstag vormittag unter dem Vorsitz Millerands ein Ministerrat statt, der sich mit der durch den Ausfall der Wahl geschaffenen Situation befaßt wird. In unterrichteten Kreisen wird es vielfach für wahrscheinlich gehalten, daß Poincaré schon am Dienstag die Konsequenzen aus seiner Niederlage ziehen und die Demission des Gesamtkabinetts überreichen wird. Keineswegs ist das jedoch sicher, da die neue Kammer erst am 4. Juni zusammentritt und bis dahin die Legislaturperiode der früheren Kammer weiterläuft. Mit Rücksicht auf die augenpostliche Lage und die mit dem Marschall verbundenen Schwierigkeiten ist es möglich, daß Poincaré bis dahin die Regierung weiterführen wird.

Die Rückwirkung auf die deutsche Politik.

Die Deutschnationalen schließen die Augen!

Die Berliner rechtsstehende Presse versucht die Bedeutung des französischen Wahlsfalls zu verschleiern. Sie behauptet, auch die kommende französische Regierung werde Poincarés Politik fortsetzen. Nun ist, wie oben dargelegt, noch garnicht sicher, ob statt der bisherigen Regierung aus Mittel- und Rechtsgruppen jetzt eine Mittel- oder eine Linksregierung die Geschäfte übernimmt. Mindestens ein Links-kabinet, dessen Parteien im Wahlkampf gerade die Außenpolitik Poincarés und ihre wirtschaftlichen Folgen angegriffen, wird einen anderen Kurs als den bisherigen steuern müssen. Das geht aus jeder öffentlichen Äußerung unserer führenden französischen Genossen Blum, Renaudel, Faure usw. hervor, die schon rein zahlenmäßig die stärksten Stützen eines Linkskabinetts wären.

Aber obgleich die Zusammenfügung des neuen Kabinetts noch gar nicht klar ist, wird in der deutschen Reichspresse schon auf alle Fälle vor der „Illusion“ einer Verständigung gewarnt. Diese Verständigung ist anscheinend nur dann keine Illusion, wenn sie der deutschen Schwerindustrie Privatprofite einbringt. Der feste Glaube unserer Nationalisten an die Unveränderlichkeit der Poincaré-Linie beweist nur, wie notwendig sie einen Poincaré als schwarzen Mann für ihre Hege brauchen. Das französische Volk fand nach dem Frankfurter und den anderen wirtschaftlichen Mißerfolgen des Ruhrabenteuers Herrn Poincaré offenbar nicht so notwendig, wie ihn unsere Deutschnationalen finden!

In London rechnet man schon mit Poincarés Nachfolger.

London, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Obwohl aus Paris abschließende Ergebnisse der französischen Neuwahl hier noch nicht vorliegen, beschäftigt man sich in höchsten politischen Kreisen doch angelehnt der Tatsache, daß die französischen Wahlen einen gewaltigen Linksruck gebracht haben, eingehend mit der Frage, ob Poincaré angesichts dieses Wahlergebnisses weiter der politischen Geschichte Frankreichs bleiben wird oder nicht. Im Zusammenhang damit wird natürlich auch eingehend die Frage erörtert, ob es daraufhin zu der zwischen Macdonald und Poincaré verabredeten Zusammenkunft in Chiquers kommen wird. Man hat hier den Eindruck, daß Poincaré nicht mehr genügend parlamentarische Unterstützung hat und deshalb mit seinem Kabinet bald zurücktritt. In diesem Falle würde Ministerpräsident Macdonald der Nachfolger Poincarés zu einer Besprechung des Sachverständigen-Gutachtens zu einem späteren Datum nach London einfliegen.

Wahlen in Japan.

Laut einer Havasmeldung aus Tokio haben die japanischen Wahlen in Tokio selbst einen zügigen Verlauf genommen. In der Provinz ist es dagegen zu blutigen Zusammenstößen zwischen den verschiedenen politischen Parteien gekommen. Insgesamt wurden acht Wahlagereien wegen Ausschreitungen festgestellt.

Nach einer Havasmeldung aus Tokio ist der Vorhänger der Seiyukai, Takahashi, gewählt worden. Die Kenmei-Partei zählte gestern nachmittag 37, die Seiyukai-Partei 21 Stimmen. Es wird allgemein angenommen, daß die Regierung sich in der Minderheit befindet.

Weitere günstige Auslandsurteile über das sozialdemokratische Volksbegehren.

Newyork, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Amerikanische Bankiers, die an der Anleihe für Deutschland interessiert sind, beurteilen das von der deutschen Sozialdemokratie angekündigte Volksbegehren über das Sachverständigen-Gutachten günstig und geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Mehrheit des deutschen Volkes ebenso wie jetzt das französische Volk die Beendigung der gegenwärtigen denarrierenden Lage erleichtern werde.

Wie der Sudendorff-Tag von Halle im Ausland wirkt.

London, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die englische Presse veröffentlichte bereits am Montag ausführliche Berichte ihrer auswärtigen Korrespondenten über den „Deutschen Tag“ in Halle. Sie nimmt allgemein an, daß es sich offenbar um eine Provokation Frankreichs gehandelt habe. Ueberall wird die Frage gestellt, warum die republikanische Regierung eine Demonstration gegen die Republik überhaupt erst zulasse. Herr Jaurès von der Volkspartei wird diese Frage kaum beantworten können, denn er ist kein Republikaner! (Redaktion.)

Schützt die Republik!

Selbsthilfe, wenn die Behörden versagen.

Bu dem Blutbad von Halle schreibt der 'Sozialdemokratische Parlamentsdienst'...

Mit der Feststellung, daß die Kommunisten an dem blutigen Verlauf des Sonntags mitverantwortlich sind, kann selbstverständlich das letzte Wort über die Ereignisse in Halle nicht gesprochen sein.

Es ist anzunehmen, daß der Verlauf des 'Deutschen Tages' in Halle die Halenkreuzler ermutigt hat und Herr Ludendorff bald den zweiten Versuch macht, sein Tätigkeitsfeld unter Verbeibehaltung seines Wohnsitzes in München nach Preußen zu verlegen.

Genosse Bod Alterspräsident des neuen Reichstags.

Der neue Reichstag, der, wie nunmehr angenommen werden kann, für Dienstag, den 27. Mai, einberufen werden dürfte, wird voraussichtlich vom Genossen Bod-Gatha als Alterspräsident eröffnet werden.

Der Bürger.

Roman von Leonhard Frank.

Die Uhr hing sehr. Die Nacht der Gewohnheit beendete sofort den Tag. 'Schlafen', sagte er, verzerrten Gesichtes schneidend und leuchtend in einem Griff nach dem Leuchter.

Ein deutscher 'Blod der Mitte'?

Wie das Volkliche Telegraphen-Bureau erzählt, sind bei den Mittelparteiigen Besprechungen im Gange, aus dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und den Demokraten eine Fraktion zusammenzusetzen, die offiziell den Namen 'Nationaler Blod der Mitte' führt.

Das volksparteiliche Organ, die 'Zeit', hat die Meldung des M. Z. in dieser Form zwar demontiert, vielleicht sind es aber nur Formalien, die anders gestaltet werden sollen.

Der mißvergnügte Wulle.

In der deutschpöblischen 'Mecklenburger Warte' sagt Reichstagsabgeordneter Wulle das Ergebnis der Wahlen dahin zusammen, daß Marxismus und 'liberale Demokratie' parteimäßig eine Niederlage erlitten hätten.

Fortschrittliche Elternbeiratswahlen in Hamburg.

Hamburg, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fanden in hiesigen Hamburger Schulen die Elternratswahlen statt. Nach dem bis jetzt vorliegenden fast vollständigen Ergebnis (es fehlen nur noch einige Ergebnisse aus dem Landgebiet und von höheren Schulen) hat die von der Sozialdemokratie unterstützte Liste 'Schulfortschritt' die absolute Mehrheit weit überschritten.

Wozu das wahr?

Kürzlich war in einem Artikel Dr. August Müllers im 'Nacht-Abendblatt' zu lesen:

Die hundertjährigen Korporationen der Unterstadt Königsberg haben dem Festauszug erklärt, sie könnten einen ungehörigen Verlauf der Feierlichkeiten nur dann garantieren, wenn keiner der Gedächtnisredner Kants Schrift 'Zum ewigen Frieden' erwähnen werde.

Wir haben, so schreibt dazu die 'Welt am Montag', der wir den Hinweis entnehmen, mit der Ablegung dieser Nachfrist geizigt, weil wir jeden Tag erwarten, daß die Universität Königsberg oder das Kultusministerium sie dementieren würde.

Politische Verhaftung eines bekannten Sozialdemokraten.

Cassel, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der boldete Stadtrat Genosse Christian Wittrock, Mitglied des kommunalen Landtages und des preussischen Staatsrates, ist am Sonntag unter dem Verdacht des Rubeins verhaftet worden, den er in einem Presseprozeß (!) während der vorigen Woche geleistet haben soll.

Hochverräter erhalten in München immer weiter Bewährungsfrist.

Wegen Weisheit zum Hochverrat im Zusammenhang mit dem Hitler-Putsch wurden vom Volksgericht in München Kapitänleutnant Hoffmann, Leutnant zur See Walden, Leutnant Reiner und Hauptmann Sedel, sämtlich in Leiner Kaufmann Schred, Apotheker Straßer und der Student Reinhardt zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, die beiden letztgenannten Angeklagten außerdem zu Geldstrafen, verurteilt. Allen Angeklagten wurde Bewährungsfrist bis 1. Mai 1928 bewilligt.

Die illegale Geheimorganisation der SPD.

Schwerin, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Eine Untersuchung mit dem ersten Staatsanwalt Hennig über den Marsch an dem Händler Jonas in Schwerin ergab folgende Tatsachen: Der Marsch ist vorbereitet und ausgeführt worden von Mitgliedern einer der Kommunistischen Partei unterstellten illegalen Organisation.

Immer noch neue Eiserne Kreuze.

In der 'Frankfurter Zeitung' lesen wir: 'Eine kleine Anfrage! Einer unserer Leser überreicht uns ein vom 23. April des Jahres 1924 datiertes Schreiben des Gruppenkommandos Cassel, mit dem ihm eingeschrieben ein Eisernes Kreuz II. Klasse, ein Festzeugnis, datiert vom 12. März 1924 und ein Auszug aus der Kriegsdienstrollenüberfahrt wird.

Seiffer wollte nicht gehen, mußte aber.

Polizeioberst von Seiffer ist wie die 'München-Augsburger Abendzeitung' erzählt, von der Regierung seines Amtes entlassen worden. Ein Auftrittsgebot hat er vorher nicht eingereicht.

Der neue dänische Gesandte in Berlin, ein Verbandspolitiker.

Der dänische König hat den außerordentlichen Gesandten in Stockholm, Kammerherrn Zahl, am 1. Juli als zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin und den früheren Außenminister Cavonius zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Stockholm ernannt.

gab mit einem beruhigenden Knacken das Zifferblatt frei. Die Arztaugen blähten zur Decke. Das Herrchen sah schwarz auf dem Hinterkopf aus schwarzem Kamm und schüttelte verneinend und mitteilend aus Köpfchen.

... sondern mit der Einheit 'Körper', der von Vernunft bewegt wird, und zwar von der Vernunft aus, dem Gehirn. Sie, Herr Kolbenreiter, sind eine vernunftbegabte Kommodorität.

(Fortsetzung folgt.)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 13. Mai.

Was wird das neugewählte Stadtparlament leisten können?

Zu dieser Frage schreibt uns Genosse Hugo Frey, der als einer der tätigsten unserer Stadtverordneten auch in die neue Versammlung einzieht:

Die Bürger Breslaus haben sich ein neues Welt zurechtgemacht, weil ihnen das alte zu un bequem war und es sich auf harten Entensiedern schlecht gerührt haben soll. Daß die Ungunst der Verhältnisse uns eine bessere Polsterung nicht gestattete, spielt dabei gar keine Rolle. Das neue Welt soll nun, nach den Versprechungen der erfolgreichen politischen Parteien vor den Wahlen, die feinsten Spritzfedern haben und mit den weichsten Eiderdunen gepolstert sein.

Ich beschränke mich auf die Breslauer Bürgerpflichten und merke nicht, daß sie auf Brettern liegt, deren unterträgliche Härte höchstens durch eine dünne Schicht Holz wolle gemildert wird, und daß es in diesem neuen Welt stark von Ungeheuer wimmelt.

Vor den Wahlen hatten wir vier Parteien, die sich in der Stadtverordneten-Versammlung wohl recht häufig scharf gegenübertraten, im großen ganzen aber doch bemüht waren, die Geschäfte der Stadt zu fördern. Wir Sozialdemokraten hatten in den Ausschüssen und Deputationen sehr häufig Gelegenheiten zu beweisen, daß es mit Einsicht und Geschick einer zahlenmäßig überlegenen Partei gruppierung möglich ist, selbst aus den schwierigsten Situationen einen Ausweg zu finden. In allen Schichten der Bevölkerung gerecht wird. Wer die Dinge kennt, wird zugeben müssen, daß die Beratungen in den Ausschüssen immer von Ernst und Sachlichkeit getragen waren und jeder Antrag, der einen Ausschuss verließ, war von allen Parteien so durch beraten, daß keiner Annahme oder Ablehnung in der Volksversammlung nichts im Wege stand. Der Magistrat konnte danach seine Geschäfte einrichten und einen geordneten Geschäftsgang gewährleisten.

Wie werden aber künftig die Dinge aussehen? In erster Reihe sind alle die neuen kleinen Parteien gar nicht in der Lage, infolge ihrer geringen Zahl alle wichtigeren Ausschüsse und Deputationen besetzen zu können. Selbst wenn ein Stadtverordneter sich in alle maßgebenden Ausschüsse wählen ließe, wäre er technisch gar nicht in der Lage, sein Amt auszuüben, da häufig Ausschüsse und Deputationen zu gleicher Zeit tagen. Die Folge davon wird sein, daß eine Anzahl Stadtverordneter an den Beratungen in den Ausschüssen nicht teilnehmen können, es sich aber nicht nehmen lassen werden, über die gleichen Dinge noch einmal in aller Ausführlichkeit in der Volksversammlung zu reden, und der Magistrat wird gezwungen sein, abermals das ganze Material vorzutragen. Bei vielen der neu hinzugekommenen Mitglieder wird auch das dringende Bedürfnis bestehen, in der Öffentlichkeit zu zeigen, daß sie da sind, und wie kann man das besser tun, als gerade in der Volksversammlung eine fulminante Rede halten! Endlose und unfruchtbar Debatten werden die kostbare Zeit ausfüllen, und bei den reichhaltigen Tagesordnungen, wird es sehr oft vorkommen, daß wir in hundert Stunden nach Hause gehen werden, ohne die Tagesordnung erledigt zu haben. Wohl ist dieser Haß auch in den letzten fünf Jahren einige Male eingetreten, doch beständigte damals die Annahme nur die bessere Regel.

Daß alle diese mit Sicherheit zu erwartenden Vorkommnisse zu den schwersten Schädigungen und Störungen der gesamten städtischen Verwaltung führen müßte, wird mit jeder Renner zugeben, zumal drei von den gewählten Parteien gar kein Hehl daraus machen, daß sie lediglich zu dem Zweck in die Parlamente gehen, um durch Opposition und Obstruktion die Unfruchtbarkeit des Parlamentarismus zu beweisen.

Der Magistrat muß aber, um wirksam arbeiten zu können, sich genau wie jede Landesregierung auf eine arbeitsfähige Mehrheit stützen. Auf die er schon beim ausarbeiten seiner Vorlagen die nötige Rücksicht nimmt, um unproduktive Arbeit zu vermeiden. Bei der jetzigen Zusammenlegung der Stadtverordneten-Versammlung wird der Magistrat fast bei jedem Antrage auf Widerstand stoßen. Wenn es Vergütungen macht, braucht sich nur einen Weisheit zur Hand zu nehmen und den Versuch zu machen, bei irgend einer wirtschaftlichen Frage eine sichere Mehrheit aus der jetzigen Versammlung herauszurechnen. Es wird dieses Gedulds spiel wegen Unlösbarkeit sehr schnell aufgeben müssen. Nur in einer Frage wird es immer eine geschlossene Mehrheit geben, und zwar, wenn es heißt, die Steuerlasten auf die breiten Massen zu legen, um die belagerten Kreise zu entlasten.

Die vergangenen schwierigen Zeiten brachten es mit sich, daß vielfach vom Magistrat ebenso wie aus der Stadtverordneten-Versammlung heraus plötzlich eine Anzahl von Dringlichkeitsanträgen eingebracht wurden, die eine schnelle sachliche Entscheidung notwendig machten. Daß in der künftigen Periode sich die Zahl der Dringlichkeitsanträge vermindern wird, ist ausgeschlossen. Das Gegenteil wird der Fall sein.

Da aber gerade in der kommenden Zeit schnelle und sachliche Erledigung aller Verwaltungsangelegenheiten die Voraussetzung für ein erfolgreiches Arbeiten sein muß, werden sich die Mitglieder der alten bürgerlichen Parteien sehr bald nach den „Verwaltungsanträgen“ der Sozialdemokratie zurückziehen. Wir wollen alle hoffen, daß unsere jetzigen Verhältnisse sich nicht wieder ändern. Was soll aber geschehen, wenn die Kaufkraft der Rentenmark weiter sinkt, was bei der Einstellung der neuen Reichsmark zum Großkapital nicht ausgeschlossen erscheint, und alle die von der letzten Inflationsperiode her bekannten unangenehmen Nebenwirkungen von neuem auftreten? Bei der jetzigen Zusammenlegung der Stadtverordneten-Versammlung müßten wir unweigerlich in das größte Lohndesaster hineingeraten.

Wie eine Sitzung bei wichtigen Personalfragen durchgeführt werden soll, erscheint im Augenblick völlig unklar. Jetzt wird ja der Beweis geführt werden müssen, daß nur die Sozialdemokratie Futterstücken-Wirtschaft getrieben hat und die Gegner voller Unreignützigkeit sind.

Was es notwendig, daß wir in eine solche Lage hineingeraten sind? Breslau hätte ja bekanntlich während der schwersten wirtschaftlichen Nöte eine sozialistische Mehrheit in der Stadtverordneten-Versammlung. Der Magistrat hat dagegen war in der letzten Mehrheit von den bürgerlichen Parteien besetzt. Trotzdem wurde über all das geflügelte Wort von der „sozialistischen Mißwirtschaft“ gebraucht. Nicht zuletzt war es die Partei der Demokraten, welche in demagogischer Weise von diesem Schlagwort Gebrauch machte, obwohl sie selbst im Magistrat als kleine Partei am stärksten vertreten war. Der Oberbürgermeister, der in seiner in der letzten Zeit besonders hervorgetretenen politischen Kurzsichtigkeit die Magistrate des ehemaligen Breslauer Kommunalrats heraufbeschworen sah, brachte es kurz vor den Wahlen fertig, einen von unserer Partei wohl überlegenen Antrag als „sozialistische Mißwirtschaft“ zu bezeichnen. Ebenso mußte er bei der Gründung des

Wasserkraftwerkes, also zwei Tage vor den Wahlen, wohl zugeben, daß es die Stadtverordneten-Mehrheit war, die vor Jahresfrist den Weiterbau und die Fertigstellung des für Breslau so lebensnotwendigen Kraftwerkes, gegen den Willen des Magistrats, der den Bau einstellen wollte, erzwang. Das demokratische Oberhaupt der Stadt konnte es sich dabei aber wieder nicht verkagen, darauf hinzuweisen, daß dieser für Breslau so außerordentlich wertvolle Beschluß „unbewußt“ gefaßt worden ist.

Der Finanzsachverständige für die bürgerlichen Parteien im alten Stadtparlament, der „Demokrat“ Justizrat Hanke unterstüßte seinerzeit den Magistrat, als es sich um die Einstellung der Arbeiter beim Wasserkraftwerke handelte und behauptete, daß jeder Pfennig, den man noch bewillige, „in die Ober geworfen sei“. Vielleicht war das auch nur „unbewußt“ gesagt worden.

Trotzdem mußte Herr Hanke in seinen Wahlversammlungen zugeben, daß die Finanzen der Stadt in bester Ordnung sind. Wie vereinbart sich das alles mit der sozialistischen Mißwirtschaft? Gerade die demokratische Partei, die es am aller notwendigsten hatte, eine arbeitsfähige Mehrheit zu erhalten, hat dazu beigetragen, den Rechts- und Linksradikalen soliel Agitationsmaterial zu liefern, daß sie ihre Zerlegungspolitik wirksam betreiben konnten.

Parteilunktionäre.

Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Zentral-Saal, Westendstraße 50/52, Funktönar-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Der Wahlkampf, Wahlausgang und unsere jetzigen Aufgaben.
2. Die republikanische Rundgebung am Sonntag, den 18. Mai.

Sämtliche Parteilunktionäre, die ihr Amt gewissenhaft nehmen, müssen da sein.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bund republikanischer Kriegsteilnehmer.

Versammlung

heute abend, pünktlich 8 Uhr, bei Exner, Maurifiusplatz 2. Ausgabe der Mitgliedskarten im Vorraum.

Ein weiterer Beweis für die eigenartige Haltung der Herren Demokraten ist folgender: Daß Rechtsanwalt Krüger als Vertreter der Volkspartei in das Stadtparlament einzog, ist dem von Herrn Krüger geführten „Kommunalen Wahlfonds“ zu verdanken. Zu diesem Wahlfonds haben jüdische demokratische Kreise der Kaufmannschaft nicht nur die verbundene Unterschrift, sondern auch erhebliche Mittel beigegeben. Wozu dieser Wahlfonds verwendet worden ist, wird man wohl nun endlich erkannt haben. Diese Mitglieder der Volkspartei, zu denen auch ein Herr Baranel gehört, machen aus ihrer antisemitischen Gesinnung, nachdem sie das Geld der Juden in den Taschen haben, gar kein Hehl mehr. Herr Baranel sprach in einer Versammlung der Handwerker im Schiefwerder von einer „an und für sich sehr schätzenswerten, völkischen Bewegung“. Ueberhaupt war diese Versammlung ein Beweis für die Charakterlosigkeit der politischen bürgerlichen Parteien. Deutschnationale, Volkspartei, Zentrum und Demokraten hatten offizielle Redner entsandt, die sämtlich zur Einheitsfront gegen die Sozialdemokraten auftraten.

Als ein völkischer Herr Dr. Herschel die Frage zurief: „Warum denn das Zentrum immer mit den Sozialdemokraten paktiert“, behauptete Herr Herschel, mit der ihm angeborenen Kühnheit, „daß derjenige, der einen solchen Vorwurf dem Zentrum mache, aufs Podium kommen solle, um den Beweis zu führen“. Diese Aufforderung wurde mir übertriebenem Pathos hinausgeschmettert. Der unparteiliche Parteifreund des Herrn Herschel, der Versammlungsleiter Unterberger, verhinderte aber, daß der Zwischenrufer zu Wort kam.

Die künftige sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion hat alle diese Taten der demokratischen und Zentrumshelben genau registriert, und sie wird sich bei der Behandlung von Personalfragen künftig an alle diese Dinge erinnern müssen, damit nur ehrliche und charakterfeste Persönlichkeiten in wichtige Stellen einziehen. Herr Herschel kann unbesorgt sein, wir werden ihn nicht in die Verlegenheit bringen, mit der Sozialdemokratie paktieren zu müssen, damit der Zwischenrufer am Ende nicht noch Recht behält.

Vom Zentrum war ja nach seiner ganzen historischen Vergangenheit nicht mehr zu erwarten. Die Demokraten, vor allen Dingen der Herr Oberbürgermeister, hätte aber wissen müssen, daß der Feind ganz wo anders steht und daß der Wahlkampf im Interesse der Stadt ganz anders hätte durchgeführt werden müssen.

Sozial vornehme Zurückhaltung und sozial Verständnis, auch für die ihr nicht nahestehenden Schichten der Bevölkerung, wie sie in diesen fünf Jahren die Sozialdemokratie gezeigt hat, wird der Magistrat bei der jetzigen Mehrheit wohl schwerlich finden. Alles, was nun kommt, fällt denen zur Last, welche die Hege gegen die Sozialdemokratie unterstützt und gefördert haben. Wie denkt der Herr Oberbürgermeister nun mit seinen fünf Parteifreunden im Stadtparlament gesunde Politik zu machen? Er wird von uns Sozialdemokraten nach allen Vorgegangenen kaum verlangen können, daß wir die selbstverleugende, bisherige Taktik beibehalten sollen. Die Auffassung vieler Parteigenossen bricht sich immer mehr Bahn und reicht weit in die bürgerlichen Kreise, auch die der demokratischen Partei hinein, daß das Talent, manchmal etwas zu langatmige Festreden zu halten, deren Zweckmäßigkeit häufig recht zweifelhaft ist, allein nicht ausreicht, großartige Kommunalpolitik zu treiben, wie es ein Gemeinwesen von dem Umfang Breslaus nötig hat.

Wir Sozialdemokraten, denen alles, was bis hierher für die Gesamtheit der Breslauer Bevölkerung geleistet hat, besonders von der Stelle, die uns zu, besonders Dank verpflichtet waren, mit Unrecht gelobt worden ist, sind dadurch auf eine ganz andere Linie gedrängt worden. Es wird uns sehr tun, wenn nach unserer neuen Taktik das gesellschaftliche Zusammenleben nicht mehr das gleiche wie früher sein kann. Die Verantwortung dafür tragen aber alle diejenigen, welche, unbefehrt durch die Vorgänge in Breslau, zu dem jetzigen Zustand beigetragen haben.

Nach Schluß der Messe.

Von der Messe-Gesellschaft wird uns geschrieben: Am Sonntag, abends 8 Uhr, gingen der 55. Landwirtschaftliche Maschinenmarkt und die Technische Messe in Breslau zu Ende. Ueber das Gesamtergebnis der beiden Veranstaltungen kann kurz folgendes berichtet werden:

Der gegen das Vorjahr erheblich gestiegenen Besichtigung entsprach eine bedeutende Vergrößerung des besetzten Raumes und eine von allen Seiten als vorzüglich anerkannte Ausstattung der Einzelstände und der Gesamtausstellung.

Der Besuch hat sich von 70 000 bis 80 000 im Vorjahr auf 100 000 in diesem Jahre gehoben, trotzdem das Wetter an allen vier Messetagen leider ziemlich ungunstig war.

Ueber die Geschäftslage waren von der überwiegenden Mehrzahl der Aussteller durchaus befriedigte Urteile zu hören. Man hatte zwar, da die Breslauer Technische Messe und der Landwirtschaftliche Maschinenmarkt das erste wirklich große Messeunternehmen der hier vertretenen Spezialbranchen seit der Stabilisierungszeit war, naturgemäß viel zu lernen; das Kreditproblem tauchte in den verschiedensten Variationen auf und die Fabrikanten mußten, so gut es ging, die Geldknappheit zu überwinden suchen. Trotzdem aber zeigte sich so starkes Interesse und so rege Kauflust, daß man auf Seiten der Aussteller selbst dort, wo die sofort am Platze gefälligen Abschlüsse weniger umfangreich waren, darum das Gesamtergebnis doch günstig bewertete, weil jede Erleichterung am Geldmarkt und insbesondere jede der Landwirtschaft zutommende Verbesserung ihrer Lage unmittelbar die Realisierung zahlreicher angebahnter Abschlüsse zur Folge haben wird.

Die sehr zahlreich gezeigten Neuheiten fanden starke Beachtung, und es zeigt sich unterkennbar, daß insbesondere die Verwendung des Motors im Dienste der Landwirtschaft auf immer neuen Gebieten Fortschritte macht. Nicht zu vergessen war jedoch, daß bei großen Objekten, welche langfristige Kreditoperationen erfordern hätten, die Ungewißheit über das Sachverständigenurteil und die Regierungsbildung eine gewisse Unsicherheit ins Geschäft hineinbrachten.

Von ausländischen Interessenten waren außer etlichem Besuch aus den Nachbarstaaten Besuche aus Rußland, Rumänien und der Türkei zu verzeichnen. Für Rußland und die Türkei bestand Interesse in landwirtschaftlichen Kleinmotoren, Holzbearbeitungsmaschinen, Traktoren, Mälzereimaschinen, Baumaterialien und Zuckerfabrikmaschinen.

Im ganzen wird man die diesjährige Technische Messe und den Landwirtschaftlichen Maschinenmarkt den Umständen nach als einen durchaus zufriedenstellenden Erfolg bezeichnen dürfen.

Die gleichzeitig mit der Technischen Messe eröffnete Bau- und Betriebstechnische Ausstellung bleibt, um ihren Lehrwert erfüllen zu können, bis zum 10. Juni einschließlich geöffnet. Sie ist täglich von 10 bis 1 und 3 bis 8 Uhr für das Publikum zugänglich. Bei Führungen größerer Gruppen werden sowohl bezüglich der Besichtigungszeit als auch der Eintrittspreise besondere Vereinbarungen getroffen.

Arbeitsplan der Arbeiterjugend

in der Woche vom 12. bis 18. Mai.

- Heim 1 (Matthiasstunt): Dienstag Arbeitsgemeinschaft, Freitag Spielabend, Sonntag Fahrt (Richtung unbestimmt).
- Heim 2 (Dener Straße, Schule): Mittwoch Volkstanzabend (Wiese), Freitag Frageabend, Sonntag Wanderschaft.
- Heim 3 (Witweinstraße, Kinderhort): Mittwoch Spiele und Tänze (Garten), Freitag Vortrag des Genossen Winkler, Sonntag Fahrt nach Zoben.
- Heim 4 (Reichstraße, Schule): Mittwoch Volkstanzabend (Lindenwiese), Freitag „Wie wandern wir?“, Sonntag Fahrt nach dem Schließigen Spreewald.
- Heim 5: Mittwoch Spielnachmittag, Freitag Aussprache über die künftige Wanderschaft, Sonntag Fahrt im Maien.
- Heim 6 (Promnitzstraße, Eigenheim): Mittwoch Soziale Dichtung, Sonntag Fahrt, abends frohe Spiele im Heim.
- Heim 7 (Elisabeth-Gymnasium): Donnerstag Brettspiele (Bismardwiese), Freitag Lesabend „Die April-Zeitung“, Sonntag Fahrt.
- Heim 8 (Völkstraße, Schule): Mittwoch Tanz- und Spielabend, Freitag „Karl Marx und sein Werk“, Sonntag Wanderschaft nach dem Kirchberg.
- Heim 9 (Viktoriastraße, Blücherstraße): Freitag Volksliederabend, Sonntag Maifahrt.
- Heim 10 (Heimannstraße, Fürstenstraße): Mittwoch Blümliese, Freitag Revolutionsdichter, Sonntag Wanderschaft nach Kapsdorf.
- Heim 11 (Arletiusstraße, Schule): Mittwoch bei Heim 7 (Bismardwiese), Freitag Lesabend (unbestimmt), Sonntag Fahrt an der Ober aufwärts.
- Heim 12 (Fürstenschule): Freitag Frageabend, Sonntag Fahrt nach Kapsdorf.
- Heim 13 und 14 (Dürrgoy und Brodau): Funktönarführung am Sonntag. Diskussion über „Karl Marx und sein Werk“ Dienstag Chorprobe (Gewerkschaftshaus), Mittwoch und Donnerstag im großen Saal des Gewerkschaftshauses „Unser Jugendtag im Film“.

Jetzt wird's Tag!

Der „Generalanzeiger“ hat einen Wutanfall bekommen. Er, der nie etwas anderes als Volkswendummung getrieben, wird in den nächsten Wochen gezwungen sein, so etwas wie Aufklärung zu verbreiten. Tritt er auch mit Schimpfen und Töben an diese Aufgabe heran, er wird sie am Ende doch zu erfüllen versuchen müssen. Es handelt sich um den sozialdemokratischen Antrag auf Volkswendummung über Annahme oder Ablehnung des Sachverständigenurteils. Der „Generalanzeiger“ sagt, gerade die Sozialdemokratie, die nach den Wahlen über die „urteilslose Masse“ so gezögert habe, hätte sich sagen müssen, daß der Mann des Mittags nicht in der Lage wäre, diese Frage zu beantworten. Das Lebensinteresse des Volkes würde durch den sozialdemokratischen Antrag in die Hand von Blinden gelegt.

Diese Blinden, das sind die Leser des „Generalanzeiger“. Und warum sind sie so blind? Weil die Stimmensprecher ihren Lesern nur immer Sand in die Augen gestreut hat!

Die Masse tut, was die Presse ihr sagt. Die sozialdemokratische Arbeiterkraft wird in dieser Frage das tun, was ihr die „Volkswacht“ empfiehlt, und die Leser des „Generalanzeiger“ werden es vermutlich ebenso halten. Der „Generalanzeiger“ braucht also nur seine kapitalistischen Lügen abzulegen, und die Wahrheit zu schreiben, dann werden auch keine Blinden mehr sein.

Und noch mehr muß kommen. Hat sich das Volk für die Annahme des Sachverständigenurteils erklärt, dann wird es durch weitere Abstimmung zu entscheiden haben, ob die Reparationslasten durch Besitz einer oder durch neue Befestigung der Besitzlosen auszubringen sind. Auch dann wird der „Generalanzeiger“ dann Stellung nehmen müssen. Es werden allmählich die Blinden schon sehen werden. Merkwürdig besteht dabei für den „Generalanzeiger“ die Gefahr, daß er von vielen aus dem Hause gemorfen wird, wenn sie erst erkennen, wie sehr sie durch den „Generalanzeiger“ belogen wurden.

Parteilunktionäre und Genossinnen Gebt eure Anzeigen der Volkswacht.

Der Riesenkampf im Ruhrbergbau.

Zur Stunde über 600 000 Arbeiter ausgesperrt.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Die Kommunisten wollen den Bergarbeitern die Solidarität verweigern. Sie fallen wieder den Gewerkschaften in den Rücken. In der „Rabenfahne“ fordert der „Reichsausschuss der Gewerkschaftsopposition“ alle Arbeiter und Betriebsräte auf, die Sammelkassen der Gewerkschaften zurückzugeben. Dafür sollen die Betriebsräte eigene Kassen herausgeben und in jedem Betrieb vertreten lassen. Das gesammelte Geld soll nicht an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, sondern an die kommunistische Zentralkasse eingeliefert werden.

Deutscher und Schimmer kann das Schicksal der kommunistischen Zentralkasse gegen die Gewerkschaften nicht zum Ausdruck kommen, als in dieser schamhaften Handlungsweise.

Voller Scham werden sich die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften von dieser sogenannten „Opposition“ abwenden und nun erst recht ihre solidarische Pflicht gegenüber den ausgesperrten Bergarbeitern erfüllen.

Die Ortsauschüsse sind nunmehr genötigt, ihre Sammelkassen als solche des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes genügend kenntlich zu machen. Jeder ehrliche deutsche Arbeiter wird mitteilen, zu verhindern, daß die Sympathie mit den ausgesperrten Bergarbeitern zu kommunistischen Parabozwecken mißbraucht werden kann.

Berlin, den 12. Mai 1924.

Der Vorstand
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Ergebnislose Verhandlungen mit den Zechenbesitzern.

Es, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Bei den letzten Verhandlungen über den Manteltarif im Ruhrbergbau wurde von den Vertretern des Zechenverbandes folgende Erklärung abgegeben:

„In Übereinstimmung mit dem Reichsarbeitsminister erklärt der Zechenverband lebhaft in der Besetzung der durch die Verbindlichkeitsklärung in Hamm für Monat Mai geschaffenen Reichsverhältnisse die Möglichkeit, zu einer Beendigung der im Ruhrbergbau abzuwickelnden Schwierigkeiten zu gelangen. Es kann nicht Sache des Zechenverbandes sein, in Verhandlungen einzutreten, wenn sie über die im Rahmen der schwebenden Verhandlungen hinaus gehen, und die Parteiverhandlungen über den Manteltarif bis 17. Mai zu Ende zu führen. Ebenwenig ist es Aufgabe des Zechenverbandes, über die den Maßnahmen der Reichsarbeitsminister zugrunde liegende ablehnende Stellungnahme gegenüber der Reichsgewerkschaft in der Verbindlichkeitsklärung zu verhandeln. Zu einer Fortsetzung der Verhandlungen ist der Zechenverband nach wie vor bereit, unter Zurechnung der in Hamm vom Reichsarbeitsminister geleiteten Frist die Verhandlungen zwischen den Parteien zu beenden.“

Daraufhin haben sich die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände zurückgezogen und folgende Gegenerklärung abgegeben:

„Nach Beendigung der erstmaligen Durchsetzung des neuen Manteltarifes für den Ruhrbergbau ergab sich, daß über die wichtigsten Fragen des Tarifes: die Arbeitszeit, die Deputatskasse, Urlaub usw. keine Einigung zwischen den Parteien zu erzielen war. Die endgültige Beilegung des Manteltarifes muß deshalb in Schlichtungsverfahren erfolgen. Da die kritischen Punkte mit dem gegenwärtigen Konflikt im Ruhrbergbau untrennbar zusammenhängen und die wesentlichen Ursachen derselben bilden, können es die Arbeitnehmervertreter nicht verantworten, über die minder wichtigen Punkte weiter zu verhandeln und dabei die Beilegung der gegenwärtig schwebenden Differenzpunkte außer Acht zu lassen. Die Arbeitnehmervertreter halten es deshalb für notwendig, in Verhandlungen über die jetzt schwebenden Streitfragen einzutreten. Da die Arbeitgeber in ihrer Erklärung jede Verhandlung über die Beilegung des schwebenden Konfliktes ablehnen, sehen die Arbeitnehmervertreter die Verhandlungen über die Bildung des neuen Tarifvertrages zwischen den Parteien als beendet an. Nach wie vor sind die Arbeitnehmervertreter der Auffassung, daß die erfolgte Aussperrung durch die Reichsloge nicht begründet ist.“

Die Unternehmer hatten sich nach Abgabe dieser Erklärung ebenfalls zu Sonderberatungen zurückgezogen und erklärt, daß sie die Erklärung der Arbeitnehmer in bezug auf den Manteltarif hinnehmen, sie aber bestreiten, daß es sich um eine Aussperrung handelt. Die Unternehmer seien jedoch bereit, an einem Schlichtungsverfahren, welches die kritischen Fragen beendigen soll, teilzunehmen. Es ist zu hoffen, daß es durch die bevorstehenden Schlichtungsverhandlungen bald zu einer Beilegung des Konflikts im Ruhrbergbau kommen wird.

Die vier Bergarbeiter-Organisationen wenden sich in zwei Aufzügen an die Bergarbeiter, in denen sie vor den kommunistischen Versuchen warnen, durch eine maßlose Hege gegen die Bergarbeiterführer Verwirrung in die Reihen der Kämpfenden zu bringen. Die Union versucht, ähnlich wie die Unternehmerpresse, in der Öffentlichkeit den irreführenden Telegrammwechsel zwischen Zechenverband und Reichsarbeitsministerium als Berrat der Bergarbeiterführer an der Arbeiterkraft darzustellen. Sie besorgt dadurch die Geschäfte des Unternehmertums. Bisher ist es jedoch gelungen, den Einfluß der Union nicht nur völlig zurückzuhalten, sondern sogar dort, wo er bestand, völlig auszuschalten. Die kommunistische Kampfleitung in Bochum ist im Augenblick aktionsunfähig. Die Kampfleitungen auf den einzelnen Schachtanlagen sind fast durchweg von den Vertrauensleuten der vier Bergarbeiterverbände besetzt. Ob es den Verbänden gelingen wird, die Führung des Abwehrkampfes weiter in der Hand zu behalten, wird davon abhängen, ob das Reichsarbeitsministerium und das Zechenkapital genügend Verständnis für die berechtigten Forderungen der Arbeiter aufbringen können.

Zu den Belegschaftsversammlungen, deren täglich etwa 200 stattfinden, hat der radikale Einfluß an Boden wesentlich verloren. Die Generalsprekarien der Kommunisten finden nirgends Anklang. Am Montag haben umfangreiche Demonstrationen in den großen Montanwerken eingesetzt. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 600 000 geschätzt, die sich im Laufe der Woche auf etwa eine Million erhöhen wird.

Der Reichsarbeitsminister verhandelt morgen.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brüning hat letzte Vermittlung zur Beilegung des Konfliktes im Ruhrbergbau zugesagt und die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer für Mittwoch, den 14. Mai, zu Beratungen nach Berlin eingeladen. Um 10 Uhr nachmittags soll eine Verhandlung mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brüning in der Reichskanzlei vorangehen. Man hofft, daß diese Zusammenkunft den Konflikt im Ruhrbergbau beenden wird.

Der Kampf, der sich im Ruhrbergbau abspielt, muß jeden Arbeiter in Deutschland mit größter Sorge erfüllen. Die Lage hat sich so verschärft, die Aussperrung hat solche

Dimensionen angenommen, daß mit schlimmsten Komplikationen gerechnet werden muß.

Kein Riesenkrieg ist das, was sich abspielt, sondern eine General-Aussperrung! Und die Bergarbeiter gebürden sich so feige, als wären sie der Niederlage der Arbeiterkraft absolut sicher. Schreibt doch das führende Blatt der Stimmstimmerei, die „Deutsche Allg. Ztg.“, folgendes:

„Sommerhin glaubt man in führenden Unternehmerkreisen nicht an eine lange Dauer des Generalkriegs, da die Arbeiterkraft kein Geld in den Händen hat und auch keine Organisationskräfte in der Lage ist, den Streit finanziell zu führen.“

Diese paar Zeilen offenbaren schlaglichtartig, wie das Unternehmertum zu liegen hofft: Die ausgesperrte und verarmte Arbeiterkraft kann nicht lange aushalten — sie wird zu Kreuzen kriechen müssen. Bei dieser provozierenden Sprache muß man an die Tatsache erinnern, die den furchtbaren Zustand und den unerträglichen Kurs gegen die Arbeiterkraft uns vor Augen führt. Als am 11. Januar 1923 die französischen und belgischen Truppen in das Ruhrgebiet einrückten, rief bekanntlich die Regierung Canu in Gemeinschaft mit der Schwerindustrie die Bergarbeiter zum passiven Widerstand auf. Wie im Kriege den Soldaten, so sagte man damals den Bergarbeitern und Ruhrkämpfern: Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß. Das Wort ist ja niemals wahr geworden! Es ist als Lüge im Weltkriege geboren — in Lüge geblieben bis auf den heutigen Tag.

Bei dem jetzigen Kampf im Ruhrgebiet zeigt sich nun, wie der Dank an die Stelle des Dankes getreten ist. Rund 90 Prozent aller Bergarbeiter in Rheinland und Westfalen sind seit einigen Tagen vom Bergbauischen Verein ausgesperrt. Der „Dank“ des Unternehmertums besteht trotz aller Reden der Arbeiter jetzt zunächst wieder darin, fast eine halbe Million Bergarbeiter auf die Straße zu jagen und rund 22 000 Waggons Kohlen dem Wirtschaftlichen täglich zu entziehen. Aber nicht genug damit! Rücksicht auf die Gesamtbevölkerung kennen sie nicht. Selbst die Gefahr außerpolitischer Komplikationen, die das Unternehmertum mit seinem Spiel heraufbeschworen, hat nicht gehindert, die Bergarbeiter auszuherrern. Seit dem großen Streik im Jahre 1905 dürfte das Industriegebiet an Ruhr und Eschweiler kaum eine größere Erschütterung durchlebt haben. Sie wird auf unsere Gesamtwirtschaft äußerst schädlich zurückwirken und deshalb ist besonders hervorzuheben, daß die Unternehmer für diese Störung allein die Verantwortung tragen.

Der Gründer des Kohlenhandels, des größten unternehmerischen Kampfartikels, Emil Rirdorf, vom „Volkswirtschaftlichen“ hat sich einmal, lange vor dem Kriege, die Vermittlung der ursprünglichen Regierung in einem Arbeitskonflikt mit der Begründung vorbehalten, daß der wirtschaftliche Gesamterfolg im Bergbau hier im Hause ist. Dieser Standpunkt und dieses Wort ist auch heute wieder zur Direction der Schlichtbarzone geworden und so liegt ihr augenblickliches Vorgehen nur auf der Linie seiner immer wieder auflebenden Kampfs, die eine Sabotage der Knappheitsrechte, Reduzierung der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit bezwecken sollen.

Ohne Zweifel muß eine solche Politik zur Katastrophe führen. Herr Rirdorf ist ein schlichter Steuermann und kein Herrenprinzip ein miserabler Kompaß. Aber selbst wenn der Bergbauische Verein den Rirdorffischen Standpunkt durchsetzt, wird dieser Sieg nur ein konjunktureller sein. Die sich eben vollziehende Verschärfung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Zeitwarenindustrie beweist, welcher Wert solchen Zukallegen auszuweisen ist, die nicht im Interesse der Produktion liegen. Die Folge wird ewige Unrast und eine vergiftete Atmosphäre sein.

Die westfälische Bergarbeiterkraft hat in den Nachkriegsjahren immer wieder die Verhältnisse für die Notwendigkeit der Wirtschaft und des Staates durch die Arbeit bewiesen, weil sie die Notlage des Ganzen und die Zwangslage für die gemeinschaftlichen Arbeit stets anerkannte. Diesen Patriotismus lohnt jetzt das Unternehmertum einer Verleumdung. Die Welt und Leben gegen eine fremde Invasion einsetzte. Wir sind uns darüber im Klaren, daß der alte Rirdorffische Herrsitz unter jenen, die den schwersten Tribut ausüben, nicht anders empfunden wird als die Politik eines Coxe und Degoutte und daß er eine geistige Neuorientierung, statt hinneigend zum Ultraradikalismus, ausüben muß, die einen Bruch mit der alten alten und vernünftigen Knappheitsration bedeutet. Vielleicht überlegt man sich noch irrtümlich genug in Essen und Berlin, ob der zweifelhafte Konjunkturfuss des Spielzuges überhaupt wert ist. Es liegt mehr auf dem Spiel, als es auf den ersten Blick erscheint!

Solgarbeiter halten den Wochentag.

Bonn, 12. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen dem Solgarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband im Baugewerbe im Wirtschaftsbereich Bonn ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden, die deshalb bemerkenswert ist, weil sie in ernst zu nehmender Weise die 48-Stundenwoche zur Regel macht und Ueberarbeit bis zu 51 Stunden nur für den Fall vorseht, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse trotz voller Beschäftigung eines Betriebes eine weitere Steigerung der Produktion voraussehen. In diesem Fall können drei Ueberstunden mit einem Lohnzuschlag von 10 Prozent des vertraglichen Durchschnittslohnes vereinbart werden, aber nur nach Bemutigen des Arbeitgebers mit der Betriebsvertretung. Der Durchschnittslohn beträgt 65 Pfennig. Die Vereinbarung gilt bis zum Abschluß eines Abkommens zwischen den Zentralorganisationsstellen.

Aussperrung im Stuttgarter chemischen Gewerbe. Infolge Lohnunterschieden hat in einer der ersten chemischen Anstalten in Stuttgart die gesamte Belegschaft nach vorausgegangenem achtstündiger Kündigung die Arbeit niedergelegt. Die Inhaber der übrigen chemischen Anstalten Stuttgarts haben daraufhin ihrem Personal gekündigt. Die Kündigungsfrist läuft in acht Tagen ab.

Gewerkschafter sollen Genossenschaftler, Genossenschaftler Gewerkschafter sein!

Wenn heute der Leiber zu früh verstorbenen Führer der Gewerkschafter und Genossenschaftler, Adolf v. Elm, den obigen Satz zur Grundlage der Beilegung der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenkraft in der Württemberg- und Verteilung machte, die Ergebnisse betrachten könnte, inwieweit die genannten Arbeitnehmerkreise diesem Rufe bisher gefolgt sind, er würde schwerlich seine Bestrebungen finden. Und das trotz der Beschlässe mehrerer Gewerkschaftslogen, Genossenschaftslogen und nicht zuletzt auch des deutschen Parteitages der Sozialdemokratie in Magdeburg 1910, wie auch des vorher festgefundenen internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen.

Es seien hier nur einige Sätze aus der Resolution des Magdeburger Parteitages wiedergegeben: „Bei der Beratung der Wirtschaftsgenossenschaften kommen für die Sozialdemokratische Partei vornehmlich die Konsumvereine in Betracht. Die Konsumvereine sind Organisationen zur Erzielung wirtschaftlicher Vorteile, indem sie durch direkte Uebermittlung der wichtigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs an die Konsumenten deren Kaufkraft erhöhen. ... Je mehr die Massen den Konsumvereinen beitreten und dort ihre Bedürfnisse beden, desto mehr steigert sich die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen auf wirtschaftlichem Gebiet. ... Die Sozialdemokratische Partei vertritt die Interessen der Konsumgenossenschaften in der Presse und in den parlamentarischen Körperschaften wider die Angriffe ihrer Gegner. Dieses Eintreten zur Konsumvereine entspricht den Interessen der Proletarier, denn die genossenschaftliche

Tätigkeit ist eine wirksame Ergänzung des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse. ... Der Parteitag fordert die Genossinnen und Genossen dringend auf, in diesem Sinne zu wirken und die im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleiteten Konsumvereine zu unterstützen.“

Von denselben grundsätzlichen Erwägungen aus forderte auch der internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen in seiner Resolution die Arbeiterkraft mit der größten Entschlossenheit auf, tätige Mitglieder der Konsumvereinebewegung zu werden und zu bleiben. In Ermägung, sagt die Resolution, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten, sondern daß sie auch berufen sind, die Arbeiterkraft durch Ausschaltung des Zwischenhandels und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter selbstständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und durch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorbereiten helfen, hat die Arbeiterkraft das höchste Interesse daran, diese Waffe im Kampfe um die Erhebung der politischen und ökonomischen Macht zu gebrauchen.

Aber bereits 1897 schrieb Karl Kautsky am Schluß seiner in Wien herausgegebenen Schrift „Konsumvereine und Arbeiterbewegung“: „... Früher oder später ist in jedem Lande die Genossenschaftsbewegung berufen, neben dem Kampfe der Gewerkschaften um Beeinflussung der Produktionsbedingungen, neben dem Kampf des Proletariats um die Macht in Gemeinde und Staat, neben dem Bestreben von Gemeinde und Staat nach Ausdehnung und Vermehrung der von ihnen beherrschten und verwalteten Produktionsgewerbe, eine nicht unwichtige Rolle im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse zu spielen. ... Und was ist denn das Bild“, sagt Kautsky, „welches wir nur von der sozialistischen Gesellschaft entwerfen, anders, als das einer ungeheuren Konsumgenossenschaft, die allerdings keine Handelsgenossenschaft allein, sondern gleichzeitig eine Produktionsgenossenschaft ist, deren Betriebe für den Konsum ihrer Mitglieder produzieren.“

War so die Arbeiterkraft, die ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratischen Partei gefunden, auf der Suche nach wirtschaftlicher Vertretung an die konsumgenossenschaftlichen Organisationen verwies, so hatte ein noch innigeres Verhältnis die Gewerkschaften zu den Genossenschaften verbunden. Ganz bewußt von der Erkenntnis ausgehend, daß die gewerkschaftlichen Erfolge in bezug auf Lohnerhöhungen, Stopparbeit bleiben müßten, wenn nicht die Gewerbe geschaffen würde, die der Wirtschaft der Warenpreisgestaltung in der Privatwirtschaft ein Paroli bietet durch genossenschaftliche Organisationen und dabei gleichzeitig die Arbeiterkraft zur Selbstständigkeit und Solidarität erzogen wird.

Ueber genossenschaftliche Wirkstoffe der Gewerkschaften wurde vorwiegend der Gewerkschaftskongress 1908 zu Hamburg erörtert auf den Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905) hin, der die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen verpflichtete, die Genossenschaftsbewegung in Deutschland durch ihren Beitritt zu den Konsumvereinen, durch Propagierung der genossenschaftlichen Ideen auf tatkräftigste zu unterstützen. Der Kongress verpflichtete weiter die Gewerkschaften durch genossenschaftlich-erklärende Vorträge in den Filialen und durch geeignete Artikel und Hinweise in ihrer Fachpresse, sowie durch Druckanschläge in ihren Bureaus und Sitzungsräumen die Werbetätigkeit der Konsumvereine nachdrücklich zu unterstützen. Die örtlichen Gewerkschaftskomitees wurden verpflichtet, aus Gewerkschaften und von den Konsumvereinen bestimmten Genossenschaftlern zu gleichen Teilen bestehende Kommissionen einzusetzen zur Förderung der genossenschaftlichen Propaganda, Socialerhebungen über das genossenschaftliche Organisationsverhältnis der Gewerkschaftsmitglieder anzustellen und die Gründe des Zerfalls derselben von den Genossenschaften zu erforschen.

Dem Proletariat war somit sowohl durch die Parteitage der Sozialdemokratischen Partei, des Internationalen Sozialistenkongresses wie auch der Gewerkschaftskongresse die Bahn zur genossenschaftlichen Beteiligung gewiesen. Die Verwirklichung dieser Bestrebungen lag an der Gesamtheit der arbeitenden Schichten.

Es wäre gewiß verzeihen, den Arbeitern als Allheilmittel der Erlösung vom Druck des Kapitalismus die Regelung der Produktion durch die Genossenschaften zu empfehlen. Zweifelslos wird aber die genossenschaftliche Entwicklung um so schneller vorwärtskommen, je mehr die Arbeiterkraft sich auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete betätigt. Ist es doch der Grundwahrer genossenschaftlicher Solidarität, den wir auf allen Gebieten erleben. Weil die wirtschaftliche Macht die Grundbedingung politischer Freiheit ist, deshalb ist das solidarische Zusammenwirken von Gewerkschaften und Genossenschaften auch von so großem Wert und großer Bedeutung. Die Genossenschaftsbewegung fördern, heißt deshalb auch, die Demokratie fördern, wirtschaftlich und politisch.

Die Erfassung der Arbeitermassen in gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen ist gewiß die erste Aufgabe zum gemeinsamen Handeln, nicht minder wichtig aber ist, sie mit dem Geiste genossenschaftlicher Solidarität zu erfüllen, sie davon zu überzeugen, daß jeder Schritt, den wir vorwärtskommen, im Interesse der Allgemeinheit der Arbeiterkraft liegt. Erziehung der noch zu Launen vorhandenen indifferenten Männer und Frauen zu völlig überzeugten Teamisphen. Unsere Macht kann nur befestigt und ständig gewahrt werden durch konsequentes Handeln.

Wenn Gewerkschaften und Genossenschaften vereint, fest und treu an der Ueberwindung der kapitalistischen Wirtschaft arbeiten, wird ihr Kampf von Erfolg zu Erfolg führen. Voraussetzung ist dabei das Vertrauen auf ihre eigene Kraft, zu ihren Organisationen! Deshalb nicht Zerplitterung gewerkschaftlicher Kräfte, nicht Zerstückelung der Konsumkräfte der Arbeitermassen in tausend Kanäle privatwirtschaftlicher Warenvertriebswege, sondern Zusammenfassung der Arbeitermassen in der Dreieinigkeit von Sozialdemokratie, freie Gewerkschaften und modernen Arbeiterkonsumgenossenschaften! Hier liegt die Zukunft der deutschen Arbeiter, Angestellten, und Beamtenkraft!

Wasserstand

vom 18. Mai 1924.

Maiflot (Höchst v. 12.5.)	4,42	Breslau (Unter-Regel)	4,55
Krauph	4,58	Ranien (Ober-Regel)	5,21
Koel	2,00	Breslau (Unter-Regel)	5,21
Wiesl (Mantelstau)	4,81	Dobruhen	5,55
Wiesl (Ober-Regel)	4,56	Treßden	5,55
Wiesl (Unter-Regel)	4,82	Wassermühle	4,10,5
Breslau (Ober-Regel)	5,58		

Bereinstalender.

Deutscher Bauergewerksbund, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses; Wichtige Delegierten- und Vertreter-Versammlung. Das Erschienen aller Kollegen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauergewerksbund (Kochgruppe) der Töpfer, Donnerstag, den 15. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Zimmer 7/8. Wichtige Reklamations-Mitgliederversammlung legitimiert.

Deutscher Privatarbeiter-Verband, Dreher, Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses; Versammlung.

Schiffbauern, Sonnabend, den 17. Mai, abends 8 Uhr, im Zimmer 5; Versammlung.

Glottsmontseure, Sonntag, den 18. Mai, nachmittags 10 Uhr, im Zimmer 12; Versammlung.

Dreher und Maschinenarbeiter, Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, in den Eisenwerken, Friedrich-Wilhelmstraße 32; Versammlung.

Jugend

Arbeiterjugend — Wahlkampf Wahlausgang!

Auf einem Lehrgang zur Einführung ins Reichsjugendwohlfahrtsrecht brauchte ein Jugendpfleger der alten Schule das Wort: „Jugend und Politik haben nichts miteinander zu tun! Der Leiter des Jugendvereins trägt die Politik hinein; die Jugend selber will davon nichts wissen! Wir haben sie auch unbedingt vor politischer Anfänger zu schützen.“ Diese Neukerung muß als vollkommen unrichtig bezeichnet werden. Kein Jugendleiter hat es notwendig, Politik in die Jugend hineinzutragen. Die Jugend steht selbst im Wirbel der politischen Ereignisse und gerade die arbeitende Jugend spürt föhndlich die Wirkung der Politik und die Umlagerung politischer Machtverhältnisse. Ihre Erziehung zur Politik wird also befocht durch das tägliche Leben. Ihre Vertretung als Gegenstand der Politik wird dadurch bestimmt, daß sie zur arbeitenden Klasse gehört. Hier braucht kein Jugendpfleger viel nachzuhelfen. Die Verhältnisse selbst sorgen für eine Politisierung der Jugend und damit selbstverständlich auch für eine Parteieinahme. Die Interessen der arbeitenden Jugend sind mit denen der Arbeiterklasse so eng verbunden, daß wir nur von den Organisationen der Arbeiterklasse eine zielbewusste Vertretung erwarten können; auf ihre politische Stärke müssen wir uns stützen. Selbständige politische Maßnahmen können wir und wollen wir nicht treffen. Unsere Stellung zur Politik unterscheidet sich dadurch von der einer rechtsradikalen Jugend, die durch Parteiorganisationen und Mitteilungen den Gang der Politik in unheilvollster Weise zu beeinflussen versucht, die politische Atmosphäre veräffelt. Für uns gilt vielmehr die Forderung: Erziehung zur Politik, damit der grundsätzliche Einfluß der Reichsverfassung zu seiner vollen Auswirkung komme: „Die Staatsgewalt ruht vom Volke aus.“ In diesem Sinne bekennen wir uns durchaus zur Politik und legen gar keinen Wert darauf, als „unpolitisch“ bezeichnet zu werden. Leute, die sich so nennen, haben entweder keinen Standpunkt und werden meist jedem Recht geben, je nachdem, wer mit ihnen gerade spricht, oder aber sie sind kluge Geschäftsleute, die ihre wahren Absichten geschickt unter der Neukerung verbergen: „Ich bin unpolitisch und geheide keiner Partei an. Ich Politik die Regelung der Verhältnisse innerhalb der menschlichen Gesellschaft, dann hat auch die Jugend als Teil dieser Gesellschaft ein reges Interesse an der Art, wie die Regelung getroffen wird. Herkunft und Erziehung werden ihre Stellungnahme dabei bestimmen. Mit Politik die Kunst des Möglichen, dann ergeben sich für uns soziale Notwendigkeiten, daß wir keinerlei Möglichkeit zu ihrer Verwirklichung außer acht lassen dürfen.“

Wenn nun das deutsche Volk vor wichtigen Entscheidungen steht, wie am 4. Mai, wenn es eine Vertretung wählt und damit den Lauf seiner Geschichte für vier Jahre bestimmt, dann hat diese Tatsache auch für die Jugend entscheidende Bedeutung. Dann mögen es sich irgendwelche Splitterverbände bürgerlicher Jugend leisten, mit Ver und Wimperl hinauszugehen zu romantischer Wanderung! Der Platz der Arbeiterjugend ist in solchen Fällen bei ihrer Klasse. Die Werbung ihres Schicksals vom Besten oder Schlechteren hängt von großem Teil davon ab, wie sie mit Hand anlegt und den Genossen alle Arbeit abnimmt, die ihnen nur abgenommen werden kann. Und mit Stolz darf es gesagt werden: Die Arbeiterjugend der ganzen Provinz hat überall ihren Mann gestanden! Während die Gegner ruhig über die „Genossenschaft“ wöheln, mögen sie Verleumdung und Lüge häufen, wo sie können — wir wissen, wo unser Platz ist und wir kennen auch die leichten Bemühungen der Gegner gerade um die „Genossenschaft“. Grundet man doch jetzt frampfhaft und mit vielem Lament überall „Deutschnationale Arbeiterjugendverbände“. Sogar der Name wird als entlehnt, um zu täuschen.

Nach dem Ausgang der Wahlen in Reich und Gemeinden werden wir uns auf eins gefaßt machen müssen: Haß und Mut gegen uns und unseren Aufstieg wird sich an vielen Stellen entladen und wo es die Gegner können, werden sie uns Schwierigkeiten machen. Das rigorose Verhalten einzelner Polizeibehörden auf dem Schwedener Jugendtag sowie bei den Matseiern in Pögnitz und Waldenburg gibt davon Zeugnis. In den Kleinstädten sehen mancherlei Schikanen gegen die Arbeiterjugend wieder ein und viele ehrbare Bürger glauben die Zeit gekommen, ihr Mißtrauen an uns zu fählen. Wir werden uns im Zusammenarbeiten mit unseren erwachsenen Freunden zu wehren wissen! Die Schwierigkeiten werden unsere Kräfte stärken und stärken. Und auch die größten Schikanen führen uns keinem unersuchbaren Radikalismus in die Arme, der sich in starken Worten erschöpft und es verdammt, durch angestrengteste Arbeit die Vorbedingungen für eine Besserung zu schaffen, die nur durch uns selbst kommen kann. Unser Ziel bleibt nach wie vor: Arbeiten an der Erziehung unserer Mitglieber zur Politik; mitwirken nach besten Kräften an allen Aufgaben des Volkswohles und des Wohls der arbeitenden Jugend!

Und in diesem Sinne gilt von unserer Einstellung zu den jetzigen Verhältnissen das stolze Wort Gerhart Hauptmann: „Was uns nicht niederwirft, das macht uns härter!“
Reinhold Zimmer.

Der „Hezer“.

Es war in einer deutschen Nationalen Wählerversammlung. Der „Kreuzzeitung“ Hezer erzählte von den Sünden der Sozialdemokratie. Unter anderem schimpfte er auch auf die Vertretung und Freiheit der heutigen Jugend. Der Bildeindruck: „Vor einem grauen Haupte sollst du aufstehen und die Alten ehren“, scheint unserer Jugend überhaupt nicht mehr bekannt zu sein. Das sei ja auch kein Wunder, die Sozialdemokratische Klasse die christliche Schule ab und erziehe die Jugend in gottlosem Sinne. Wenn dieser Jugend die Zukunft gebührt, dann wird Geseh und Recht verachtet werden, jede Autorität, jeder Glaube an eine Obrigkeit, ganz gleich ob im Diesseits oder im Jenenseits, verloren gehen um. Jeder „national“, „vaterländisch“ gestimmte Volksgenosse müsse deshalb die Jugend gebauern, die sozialdemokratischen Jugendverbände angehöre. Nachdem er so für die christliche Schule eingetreten war, propagierte er auf einmal den Völkert- und Klassenhaß. Als diesem „Jugendfreund“ in der Diskussion von einem jungen Arbeiter entgegengehalten wurde, wie er diesen Haß mit seiner christlichen Religion in Einklang bringen will, erklärte ihm nur das Wort „Hezer“ entgegen. Der Hinweis, daß an dem stillen Niedergang unserer Zeit der Krieg und die teilweise künstlich geschaffene Erwerbslosigkeit schuld wären, wurde auch als „Heze“ bezeichnet. Daß die Verrohung der Jugend darauf zurückzuführen sei, daß Hunderttausende von Kindern durch den Krieg ihren Erzieher verloren haben, war dem Hezer gar nicht bekannt. Man machte sich sehr leicht, die sachlichen Ausführungen des jungen Arbeiters zu widerlegen; man bezeichnete sie kurzerhand als „Heze“.

Als „Hezer“ wurden stets die Vorkämpfer für ein höheres Menschentum hingestellt, wenn sie von dem Ueberfluß in den Händen Weniger etwas für die vielen Hungernden und Verdornen verlangten. Wenn die sozialistische Bewegung dieses Unrecht aus der Welt schaffen will, so werden alle ihre Maßnahmen als „Heze“ bezeichnet. Wir wollen uns diese Bezeichnung gern gefallen lassen und unermüdet weiter daran arbeiten, daß die Bedürfnislosigkeit der Massen beseitigt werde. Das soll nicht nur mit den Stimmen zureichen sein, die von der Herren Klasse fallen, sondern es soll keinen vollen Anteil am Leben fordern! Frei-

willig wird ihm nichts gemährt, darum muß es sein Lebensrecht erkämpfen. Nicht mit dem Revolver und der Handgranate, sondern mit den Waffen der Zusammenfassung und der Wirksamkeit. Auch der arbeitenden Jugend wollen wir sagen, daß sie von der Gesellschaft eine gute Ausbildung und Erziehung zu fordern hat. Wenn die Gesellschaft diese Forderung nicht erfüllt, so ist sie wert, beiseite zu werden. Unsere heutige Gesellschaftsordnung ist auf Zug und Trug aufgebaut; alles ist nur Schein und äußerlicher Glanz; sie kann nimmermehr die Forderungen der Arbeiterjugend erfüllen. Auch für die proletarische Jugend gilt es deshalb, sich zur sozialistischen Weltanschauung durchzuringen, Kämpfer zu werden für eine bessere Zeit. An der Verbreitung der sozialistischen Idee kann uns niemand hindern, mag man uns auch immer wieder von neuem als „Hezer“ beschimpfen.

An die Jungsozialisten.

In Deutschland grassiert die nationale Welle, deren Auswirkungen auch innerhalb der Jungsozialistischen Bewegung Probleme wie „Volksgemeinschaft“ oder „Klassenkampf“ aufgeworfen haben. Die hannoverschen Jungsozialisten planen, zu Pfingsten nach Hannover-Münden eine Konferenz einzuberufen, deren Programm ein Bekenntnis zum Marxismus und Klassenkampf sein soll. Die Themat, die zur Diskussion stehen werden, sind folgende: „Die Vereinigten Staaten von Europa“, „Stand und Aufgaben des internationalen Proletariats“, „Klassenkampf oder Volksgemeinschaft“. Bekannte und führende Politiker und Wirtschaftler sind als Referenten in Aussicht genommen oder haben schon zugefagt. Namen werden noch bekannt gegeben. Alle auf dem Boden des Marxismus und Klassenkampfes stehenden Jugendgenossinnen und Genossen bitten wir im Interesse unserer und der Arbeiterbewegung, um zahlreichen Besuch unserer Tagung.

Mit Jungsozialistischem Gruß!
Jungsozialistische Vereinigung Hannover.
H. A. H. Volke,
Hannover, Kolandstraße 8.

Mitwirkung der sozialistischen Arbeiterjugend auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung.

Eben erscheint der Bericht des Hauptvorstandes der D. A. J. Deutschlands über die Arbeit des Verbandes im Jahre 1923. Das unter dem Titel „Unser Weg“ herausgekommene sehr wertvolle Buch zeigt die trotz aller Schwierigkeiten sehr erfreuliche Entwicklung des Verbandes und berichtet in einem besonderen Kapitel über die Mitarbeit im Ausschuß Deutscher Jugendverbände, der gewissermaßen als die Vertretung der gesamten Deutschen Jugend überhaupt angesehen werden kann. Denn außer den Kapitälern links und rechts gehören ihm sämtliche Jugendverbände an. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

Umfangreiche Kleinarbeit wurde auf dem Gebiete der sozialpolitischen Gesetzgebung geleistet. Leider steht der Erfolg in keinem Verhältnis zu der angewandten Mühe, da im Berichtsjahre die Beratung neuer sozialpolitischer Gesetze nicht von der Stelle kam, während man mit dem Abbau bereits bestehender Gesetze schnell bei der Hand war. Das neue Lehrlingsrecht wurde zwar vom Reichsarbeitsministerium einem Kreis von Sachverständigen vorgelegt, der Ausschuß wurde zu diesen Beratungen hinzugezogen und machte seine Wünsche zu dem Referentenentwurf geltend, aber bis heute ist der Entwurf noch nicht einmal von der Reichsregierung verabschiedet worden. Als die Beratung des Arbeitszeitgesetzes in den Vordergrund trat, konzentrierte der Ausschuß seine Bemühungen auf die Forderung, die im Entwurf der Reichsregierung vorgesehene Schutzhöhe für Jugendliche von sechzehn Jahren auf achtzehn Jahre zu erhöhen. Die Beratungen des Parlaments jögerten sich hinaus, und schließlich erledigte die Regierung die ganze Frage durch eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, die selber die Forderung der Jugend unberücksichtigt läßt.

Besondere Aufmerksamkeit wandte der Ausschuß der Not der arbeitslosen Jugend zu. Bereits Anfang Oktober hielt er in Berlin eine Sitzung ab, in der er in Anwesenheit zahlreicher Regierungsexperten Forderungen für den Schutz der arbeitslosen Jugend aufstellte, die sich im wesentlichen auf einen Beschluß des Preussischen Staatsministeriums stützten. Er forderte Ausdehnung der produktiven Erwerbslosenfürsorge auf die Jugend, Ausdehnung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts, Ausbau der öffentlichen Berufsämter. Es folgte dieser ersten Konferenz im November eine zweite Beratung, die im wesentlichen dasselbe Ergebnis hatte, sich aber auf die Selbsthilfe der Jugend- und Wohlfahrtsverbände einstellte, da sich ergeben hatte, daß die Finanznot des Reichs, der Länder und der Kommunen die Durchführung der Forderungen unmöglich machte. Es blieb nichts weiter übrig, als den Jugendverbänden zu empfehlen, ähnlich in enger Zusammenarbeit mit den Wohlfahrtsorganisationen und den amtlichen Stellen durch Hilfsmaßnahmen und Veranstaltung aller Art zu versuchen, die Not wenigstens zu lindern. Die Verträge, größere Gruppen arbeitsloser Jugend auf das Land zu bringen, scheiterten an den für unüberwindlichen wirtschaftlichen und psychischen Schwierigkeiten.

Ende des Jahres mußte sich der Ausschuß besonders eingehend mit der Arbeit der Reichsregierung befassen, das Inkrafttreten des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes durch eine Notverordnung um einige Jahre hinausgeschoben. Der Ausschuß wandte sich mit aller Entschiedenheit gegen diesen Versuch. Er betonte sich an einer großen Rundgebung der Wohlfahrts- und Erziehungsorganisationen gegen diese Art Abbau, und er unterbreitete seine Forderungen auf Inkrafttreten des Gesetzes in mehreren Eingaben dem Reichskabinett. Der Kampf wurde schließlich durch eine Verordnung der Reichsregierung entschieden, die am Tage vor Ablauf des Ermächtigungsgesetzes beschlossen wurde und das Gesetz, wenn auch mit wesentlichen Einschränkungen, nun doch zum 1. April 1924 in Kraft trat.

Das ist alles in allem eine wenig erfreuliche Bilanz der bisherigen sozialpolitischen Arbeit des Ausschusses. An Mächtigkeits und Arbeitswillen hat es nicht gefehlt, aber die wirtschaftliche Finanznot des Reichs und der Länder im Verein mit den starken reaktionären Kräften in unserem Volke haben die Verwirklichung der Forderungen der heutigen Jugend verhindert. Für jeden Einzelnen ist es klar, daß es der deutschen Jugend weder im einzelnen noch in ihrer Gesamtheit gelingen konnte, die Finanznot zu beseitigen und die Kraft der wirtschaftlichen Reaktion zu drehen. Das haben nicht einmal andere, stärkere und ausdauerndere Kräfte unseres Volkes vollbringen können. Aber der Ausschuß hat getan, was er im Rahmen seiner Kräfte tun konnte. Er hat ständig eingegriffen und er hat das Banner des sozialen und politischen Fortschritts hochgehalten.

Es wird Aufgabe der Zukunft sein, das gundige Erbe von neuem zu erheben und zur Durchführung zu bringen, und es

wird nicht unwesentlich vom neuen Reichstag abhängen, wann und wie das gelingt. Der Ausschuß wird gut tun, mit dem neuen Parlament möglichst frühzeitig in die Verbindung zu kommen, die er dem alten gegenüber angestrebt hat, als er zu Anfang des Berichtsjahres im Reichstag eine Zusammenkunft zwischen Parlamentariern aller Fraktionen und den Mitgliedern des Ausschusses veranstaltete, in der er den Parlamentariern eine Uebersicht über das Wirken und die Ziele des Ausschusses gab. Das Ergebnis dieser ersten Zusammenkunft war, daß jede Fraktion dem Ausschuß Vertreter benannte, die bereit waren, mit dem Ausschuß in Fragen der Jugendarbeit zusammenzuwirken und in ihren Fraktionen und im Parlament die Forderungen der Jugend zu vertreten. Unter günstigeren wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen wird es sicher möglich sein, diese Zusammenarbeit weiter mit Erfolg fortzusetzen.

Die arbeitende Jugend und die Gewerkschaftsbewegung.

Den Feind, den wir am tiefsten hassen,
Der uns umlagert schwarz und dicht,
Das ist der Unverstand der Massen,
Den nur des Geistes Schwert durchdringt.
Jakob Audorf.

Ueberall stoßen wir auf die Unkenntnis der Ursachen unserer Wirtschaftskrise. Wenn wir auch seit Jahren von behördlichen oder politischem Druck frei geworden sind, nicht frei sind die Massen der arbeitenden Bevölkerung von dem geistigen Druck, der Jahrzehnte und Jahrhunderte auf ihnen lastet. Noch haben Tausende und Millionen nicht den Weg zur Befreiung von geistigen und wirtschaftlichem Druck erkannt. Sie stehen untätig beiseite oder befinden sich auf falschem Wege. Noch haben sie nicht die Macht erkannt, die darin liegt, einzig und geschlossen unseren Willen kundzutun. Noch glauben sie, nie werden sie stark und befähigt sein, über ihr Schicksal mitzubestimmen, weil sie die Macht des Wissens nicht erkannt haben.

Diese Willensschwäche und Unkenntnis der Machtverhältnisse liegt wie ein Alpdruck auf der arbeitenden Bevölkerung und wirkt ihre Schatten und wirkt sich auf unsere jüngere Generation aus. Unsere heranwachsende Jugend wird in ihrem Tun und Handeln stark davon beeinflusst. So mancher unserer Jugendkollegen, der sich auf dem richtigen Weg der Erkenntnis befand, wird wieder zurückgerissen in die Finsternis, in die Unfähigkeit.

Nur so ist es zu verstehen, daß die Zahl der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Jugendabteilungen der Gewerkschaften noch lange nicht der Zahl der Beschäftigten in Industrie, Handel und Gewerbe entspricht. Dadurch ist es zu verstehen, daß der Kampf um Neugestaltung der Lehrverhältnisse ein so unendlich schwerer ist. Noch immer triumphierten Meister und Unternehmer über diejenigen, die den ersten Willen haben, ihr Menschenrecht heranzuholen, die dem Lehrling nicht nur Pflichten aufbürden wollen, sondern befechtigt sind, ihm ein Recht auf Entwicklung zum freien Staatsbürger einzuräumen.

Wie hoch und wertvoll ist der Mut und der Wille unserer jungen Freunde einzuschlagen, die deshalb mit dem Dichter weiter ausrufen:
„Nur erst das Volkwerk überstiegen,
Wer will uns dann noch widerstehen.“

Die sich in unseren Jugendabteilungen zusammengefunden haben und den Kampf mit veräffelten Ueberlieferungen unerschrocken aufnehmen.

Ganz erfolglos ist auch das Mühen und Streben nicht gewesen. Die Zahl unserer jugendlichen Mitglieder ist ständig gewachsen. Und wenn auch der unerkendene und verantwortungslose starke Andrang nach Lehrstellen in verschiedenen Berufen die Arbeit stark erschwert hat und die Position der Meister und Unternehmer gehärtet wurde, wodurch besonders die gesetzliche Regelung des Lehrlingswesens nicht erfolgt ist, weil die Gesetzgebung von Meister und Unternehmern so stark beeinflusst wurde, so können wir doch als Erfolg für uns in Anspruch nehmen, daß entgegen der unendlich langen Arbeitszeit des Lehrlings vor Jahrzehnten der Arbeitstag des Lehrlings auf seine Höchstdauer beschränkt ist. Dadurch ist ihm Freizeit zur weiteren Fortbildung und Erholung geschaffen. Der Wunsch der Arbeitgeber, die Fortbildungsschulstunden nach Arbeitsstunden zu verlegen, wurde zurückgeschlagen. Die Behandlung von Meister und Gesellen hat auf Grund unserer Wachsamkeit eine Verbesserung erfahren. Die unangenehmen Folgen der Kriegszeit, die Verminderung der Jugend, sind durch unsere aufkündende Tätigkeit im Abnehmen begriffen. Die guten Beispiele, die unsere Jugend in unseren Versammlungen, Veranstaltungen und Heimabenden lernt und weiter pflegt, wirkt mit der Zeit auch vernehmlich und bestern auf die Verwirrten ein. Nitotin und Alkohol als Feinde der Volksgesundheit sind bei uns verbannt. Mit Hilfe verständnisvoller erwachsener Kollegen haben wir erreicht, daß auf einem Gebiet der größten Unzufriedenheit im Lehrlingswesen, in der Kostgeldfrage, eine erhebliche Verbesserung erreicht wurde.

Wenn wir uns die Lehrverträge ansehen, die von Eltern vor zwei bis vier Jahren abgeschlossen wurden, so muß man die Leihgütigkeit so vieler Eltern bemerken, die sich dann nachträglich über den ungünstigen Vertrag beschwerten. Kostgeldsätze waren darin festgelegt, die trotz steter Steigerung nach der Geldentwertung nicht dazu reichten, ein Viertel Brot die Woche zu kaufen. Heut haben wir Sätze, die 1 bis 5 Mark die Woche betragen und selbst bei den Bauhölzern im ungünstigsten Falle 75 Pf. sind.

Noch will man den Gewerkschaften das Recht freitragig machen, bestimmen in die Lehrverhältnisse einzugreifen. In althergebrachter mittelalterlicher Sitte wollen die Arbeitgeber ohne den Willen der Eltern, ohne den Willen der Lehrlinge über sie bestimmen. Sie wollen nicht verstehen, daß wir in einer Zeit der Gemeinschaftsarbeit, in der Demokratie leben, daß wir nur dann eine tüchtige Generation schaffen, wenn wir die werdenden Menschen zu selbständigen, denkenden Arbeitern heranziehen. Schon haben wir auch auf diesem Gebiet erfreuliche Fortschritte zu verzeichnen, aber noch stehen uns viele, harte Kämpfe bevor. Dazu müssen wir unsere Kräfte stärken und alle Massen ausfüllen. Die Gemeinschaftsarbeit in den Jugendabteilungen der Gewerkschaften, in aufkündenden Vorträgen und Ausdragen, bei Besichtigungen und Wanderungen, bei Spiel und Unterhaltung wird der Jugend das nötige Wissen und die Erkenntnis des Wegs und des Ziels bringen, nach dem wir streben.

Darum erwarten wir von unseren Jungen und allen Freunden, daß sie uns dabei kräftig unterstützen.
Auf dem Gedenktag am 1. April, bekräftigt heut auf neuem Bund,
Daß nicht die großen Herrschaftsklassen
Weg von dem Genieschick zugrund —“

Kleine Breslauer Nachrichten.

Ein Siebzigjähriger.

Sein biblisches Alter erreicht hat mit dem heutigen Tage unser Genosse Sanitätsrat Dr. Richard Kayler. Er wurde am 13. Mai 1851 in Tarnowitz geboren und stand von frühester Jugend an als Kämpfer in unseren Reihen. Sein Bruder war der in Breslau verstorbenen, sächsische Reichstagsabgeordnete Max Kayler. Während des Sozialistengeheuses stellte unser alter Genosse unerschrocken seinen Mann. Als Arzt stand er im Dienste der Zentralkrankenkasse der Tabakarbeiter, eines Organisationsorgans für die verschlagene Partei und die Tabakarbeitergesellschaft. In allen internen Sitzungen der Genossen wurde er zugezogen und nicht selten hat seine Wohnung geheime Zusammenkünfte beherbergt. Ebenso hielt er während des Sozialistengeheuses die Verbindung mit den sozialistischen Studenten aufrecht. Seine hervorragende Rednergabe und sein umfassendes Wissen ließen ihn als Redner in allen Versammlungen begehrte Erscheinung. Zuletzt war er auch Stadtverordneter, und ist als solcher nun leider nicht wiedergewählt. In besonders guten Beziehungen stand er zur „Volkswacht“, seit ihrer Gründung. Mancher guter Artikel, manche nützliche Anregung aus seiner Feder konnten wir unseren Leserinnen und Lesern zugänglich machen. Genosse Kayler ist als Siebzigjähriger nicht nur noch geistig frisch und jung, sondern auch körperlich noch ziemlich rüstig. So wollen wir hoffen, daß sich bei ihm das biblische „Wenn es hoch kommt“, einmal auf weit über achtzig hinaus erstrecken wird, und daß es uns und ihm vergönnt sein möge, noch recht lange gemeinsam für die Ideale des Sozialismus zu kämpfen.

* Jungsozialisten. Heute, Dienstag, 7 Uhr: Zusammenkunft des Arbeitsausschusses bei Lehmann. Donnerstag: Mitgliederversammlung, 7 1/2 Uhr.

* Seine Silberhochzeit feiert am 15. Mai der Genosse Fritz Thiel, Bauarbeiter, Wenzelstraße 8, mit seiner Frau Emma, geborene Schnell. Von jeder wurde in der Familie die „Volkswacht“ gelesen. Seit langen Jahren gehören beide Elemente der Partei an, und ihre Kinder sind strebame und fleißige Mitglieder der Arbeiterjugend. Viel Glück fürs weitere Leben!

* Hochwasser. Infolge der starken Regenfälle der letzten Tage führt die Oder Hochwasser, das am Raliborer Pegel am 11. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, mit 5,32 Metern seinen Höchststand erreichte. Da die Elster Neisse keinen Zuwachs bringt, dürften voraussichtlich folgende Höchststände eintreten: Cosel 3,70, Krappitz 4,90, Unterpegel Oppeln 4,55, Brieg 3,65, Unterpegel Ohlau 4,20, Trebschen 3,30, Unterpegel Breslau 1,60, Unterpegel Kantern 5,60 Meter am 14. d. Mts., nachmittags.

* Im Luftbade der Oriskankasse in Zimpel ist am Sonntag von einer Dame wohl verächtlich ein neuer Regenjäckel mit Hilfe mitgenommen worden. Die Dame ist bekannt und wird ermahnt, den Schirm im Luftbade oder in der Redaktion der „Volkswacht“ abzugeben.

* Balalaika-Konzert. Sonnabend, den 17. Mai, findet im Theateraal St. Paulus ein Wohlthätigkeitsabend statt. Das Programm, bestehend aus Orchestermusik, Theater und ernsten und heiteren Vorträgen wird ausgeführt von der beliebten Balalaika-Kapelle und dem H.H. „Edelweiß“. Der Reinertrag fließt dem Reichsbund der Kinderreichen, Bezirk Nitobaitor, zu. An Anbetracht dessen und des überaus guten Programms ist der Besuch lohnend. Programme sind ab 7 Uhr an der Kasse zu haben.

* Unbekannte Leiche. Am 11. Mai gegen 1/6 Uhr wurde in den Gärten hinter der Beklostraße die Leiche einer unbekanntem weiblichen Person aufgefunden, die Selbstmord durch Erhängen verübt hat. Die Unbekannte ist 1,60 Meter groß, etwa 25 Jahre alt, hat dunkelblondes Haar und war mit dunkler Jacke, dunklem

Aleid, schwarzen Strümpfen und schwarzen Schuhen bekleidet. Am 12. Mai, 10 1/2 Uhr vormittags, ist an der Oder, Hinterbleiche Nr. 7, die Leiche einer unbekanntem männlichen Person aufgefunden worden. Der Unbekannte ist 1,65 Meter groß, etwa 20 Jahre alt, hat schwarzes, halblanges Haar und schwarzen, gestülpten Schuurehart. Er ist mit grauem Anzug, Hose mit Umfalten, grauer Zoppe und schwarzen Schnürschuhen bekleidet. Zweckdienliche Angaben, die zur Ermittlung der beiden Unbekannten dienen, werden nach Schluß Nr. 49, Zimmer 6, erbeten.


* Eisenbahn Diebe. Den Bemühungen der Eisenbahnüberwachungsbeamten ist es jetzt gelungen, einige Diebe unschädlich zu machen, die lange Zeit die Güterzüge der Strecke Langenbielau-Breslau systematisch beraubten. Es sind dies ein Zugführer und zwei Schaffner aus Breslau. Große Ballen wertvoller Waren waren gestohlen worden, ohne daß man auch nur eine Spur von den Dieben ermitteln konnte. Neben den Dieben sind auch noch eine Anzahl Helfer dingfest gemacht worden.

* Vermißter Knabe. Am 30. April ist der 11jährige Schulknabe Otto Günther aus Brieg, Kreis Glogau, nach Breslau gefahren und nicht mehr zu seiner Großmutter zurückgekehrt. Er ist schlant gewachsen. Besondere Kennzeichen: hat an der rechten Hand nur drei Finger. Bekleidet war er mit einer braunen Jacke, schwarzer Hose, schwarzem Mantel, Lederschuhen, schwarzer grauer Mütze mit schwarzgrüner Kante, grauen Teitotunterhosen und einem fast neuen blau und weiß gestreiftem Hemd. Zweckdienliche Angaben erbittet das Kriminalkommissariat IV, Schulbrücke 46, Zimmer 6.

* Verloren hat ein Kassierer des Metallarbeiter-Verbandes am Sonntag Vormittag auf dem Wege vom Mauritiusplatz bis zur Feldstraße eine schwarze Mappe mit Verbandsmarken. Der Finder wird gebeten, sie gegen Belohnung bei Alfred Weber, Lojischstraße 30, 2. Etage, oder im Büro des Metallarbeiterverbandes abzugeben.

MAGGI Erbs-Suppe

in Würfeln ist ganz vorzüglich



Man achte auf den Namen **MAGGI** und die gelbrote Packung.

Familien-Anzeigen

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Am 11. Mai verstarb unser Kollege
Karl Schröter
im Alter von 64 Jahren. 6018
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Zahlstelle Breslau.
Beerdigung: Donnerstag, nachm. 2 1/2 Uhr, von
Trauerhause in Bettlern nach dem Friedhof Domsau.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgang meines lieben Mannes **Josef Niekrawietz** spreche ich hierdurch allen Freunden und Bekannten, besonders dem Gesangsverein Groß-Mochbern u. dem Radfahrerverein Opperau meinen tiefsten Dank aus.
Anna Niekrawietz
nebst Töchtern. 3295

Breslauer Mieterschutzverein

(E. B.) Bezirk 6.
Dienstag, 13. Mai, abds. 7 1/2 Uhr,
bei Pohl, Seifingstraße 14:
Mitgliederversammlung
Thema:
Hausrenten, Volksbegehren, Mieterschutzvereine.
Referent: Stadtschlichter Mittelhülshofer P. Schmidt.
Mieterschutzvereine sind vor allem dringend eingeladen. 6012
Die Bezirksleitung.

Sozialistische Monatshefte

Redigiert von Jos. Bloch
monatlich 50 Pf.
vierteljährlich 1,50
Bestellungen bei allen Zeitungsverkäufern u. bei der Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III.

Herren- und Damentische

Probieren frei.
Bruno Tschierschke
Königsbräu Nr. 1/11.
Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Soeben erschien:
Bleibt die Mark stabil?
Von **Dr. Hans Neisser**.
Preis 40 Pf. (Anwärts Porto 5 Pf.)
Volkswacht-Buchhandlung
Breslau III, Neue Grapenstraße 5.

Wie berichte ich über eine Verammlung?
Alles Weitere darüber kurz und treffend in dem Buch:
Der gute Schriftführer u. Berichterstatter
Preis 40 Pf., enthält 10 Bl. Text.
Volkswacht-Buchhandlung (Widener-Verlag)
Breslau III, Neue Grapenstraße 5.

Pianos

Homoniums
neu u. gebrauchte
Teilszahlung
Wiener-Führer
Breslau
Schmeibrockstr. 4

Damen-Hüte

Kinder-Hüte

Karlsplatz 3
1 Treppe.

Frad- u. Rad-Anzüge

H. Mohaupt
Karlstraße 1, L. Tel. Nr. 1301
früher Albrechtstraße.

Anzüge

große Auswahl
modern und billig
Leihhaus
Treibitzerstr. 21.

Druderei Volkswacht

fertigt
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Gattler

nur gute, flotte Fußballmacher
sorgt schnell
4149
Gobr. Hans, Dresden-A., Treibberger Str. 49

Wohnungen

Tausche

2 Zim., helle Küche, Entree,
in gleiche oder ähnliche im
Westen. Offert unt. K. 858
an die Volkswacht-Buchhandlg.

Käufe

Garn Futterstoffe
Leinwand
kauft zu hohen Preisen
(Wollen extra Preise)
Berthold Lippert, Heimgäßchen 18.

Verkäufe

Kinderwagen billigt
Teilszahlung gestattet
Mücke
Weidenstraße 25, II.

Damen- und Herrenräder
preiswert zu verkaufen.
Teilszahlung gestattet.
Fahrradhandlg. „Wittbergstr. 27“

Kinder-Klappwagen
zu verkaufen
Goethestraße 120, III. links.

Kleine Anzeigen

sind kompakt gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 1 Pfg., fett 2 Pfennige.

Großer Kinderwagen, weiße Kinderbestelle, gut erhalten, billig zu verkaufen. Cyrobt, Zehnerstr. 15, 4. Etg. 3295

Arbeitsmarkt

Berf. Blätterin
für unseren elektrischen Betrieb
sorgt gesucht
3250
Söfel. Wästelabrit
Max Schmal & Co.,
Neuherstraße 60/61.

Tüchtige Wickelmacherinnen

melden sich sofort
M. Cohn,
Holtzeistraße 36. 3202

1 Näherin

melde Hemden u. Unterwäsche auf elektr. Nähmaschine nähen kann, melde sich sofort bei
L. Hannoch & Co.,
Neuhenstraße 31.

Tausende Paar Schuhwaren für den Volksverbrauch!

Kein Laden!

Hundert Paar	Herren-Rindbox-Schnürstiefel	eleganter, haltbarer Straßentiefel	8 50
Hundert Paar	Damen-Rindbox-Schnürstiefel	Qualitätsware, spitze und runde Form, mit und ohne Lackkappe.	8 50
Hundert Paar	Damen-Rindbox-Schnür-Halbschuhe	Qualitätsware, spitze und runde Form	6 50
Hundert Paar	Damen-Rob-Chevreaux-Spangenschuhe		6 50
Hundert Paar	Rindbox-Kinder-Stiefel	Größe 22/24 25/26 27/30 31/35 Mark 3 00 3 50 5 00 5 50	
	Braune Damenhalbschuhe	8 50	Damen-Lackschnürschuhe 10 00
	Braune Rindbox-Kinder-Stiefel	Mark 5 00 5 50 7 50 8 50	
	Schwarze Rindbox-Burschen-Stiefel	Größe 36/39 Mark 6 85	
	Herren-Rindbox-Gebirgs-Stiefel	Feste Lasche Mark 10 25	
	Sandalen • Turnschuhe • Hausschuhe		
	Fussballstiefel • Haferlschuhe • Pantoffeln		

SPEZIALITÄT:
Original-Goodyear-Welt-Schuhwaren
echt auf Rand genäht.

Reich & Glücksmann Gartenstr. 37 pl.
(neben dem Konzerthause). 4148

Kein Laden!

Drei tüchtige Dachdecker

stellt sofort ein
Bedachungsgehilfen **Karl Schöneich**
Kandten, Bezirk Breslau. 6017

Maurerpolier

38 Jahre 3297
sucht bald oder später Stellung.
Offerten unter Nr. 396 an die Exped. d. Zeitung.

Zeitungsträgerin

für die innere Stadt (Ohlauerstraße, Albrechtstraße) per bald gesucht.
Verlag der „Volkswacht“, Flurstr. 4/6.

Drei Frauen

zum Tabakrippen
werden sofort eingestellt
Erich Dieterle A.-G.
Breslau 7, Köpfenstraße 31.